

**Antrag 2023/A/7
AfA Rheinland-Pfalz****Empfehlung der Antragskommission
Erledigt****Die Zuständigkeit der Arbeitsförderung für Menschen unter 25 Jahren bei den Jobcentern und im Geltungsbereich des SGB-II dauerhaft fortführen!**

1 Der SPD-Landesparteitag und
2 der SPD Bundesparteitag fordert
3 den SPD-Parteivorstand, die SPD-
4 Bundestagsfraktion und das Bundesar-
5 beitsministerium dazu auf, die Zustän-
6 digkeiten für die Arbeitsförderung für
7 Menschen unter 25 Jahren dauerhaft
8 in den Job-Centern, und somit im Gel-
9 tungsbereich des SGB-II, zu belassen. In
10 den regionalen Jobcentern sind in der
11 Vergangenheit mit großem Einsatz gut
12 funktionierende Strukturen für die Betreu-
13 ung von jungen Menschen unter 25 Jahren
14 aufgebaut worden. Diese Betreuung durch
15 die Jobcenter hat sich bewährt und darf
16 daher nicht aus haushaltspolitischen Grün-
17 den zerschlagen werden. Deshalb ist eine
18 dauerhafte Fortführung der Arbeitsförde-
19 rung von Menschen unter 25 Jahren durch
20 die Jobcenter weiterhin zu gewährleisten.
21 Die Bundesregierung will die Zuständigkeit
22 für die Betreuung, Beratung und Förderung
23 von jungen Menschen unter 25 Jahren,
24 die heute Leistungen nach dem SGB II
25 beziehen, ab 2025 von den Jobcentern
26 auf die Arbeitslosenversicherung (SGB III)
27 übertragen. Dies betrifft rund 700.000
28 junge Menschen. Sie werden von den
29 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der
30 Jobcentern mit großem Einsatz betreut,
31 in den als gemeinsame Einrichtungen
32 (gE) organisierten Jobcentern – rund drei
33 Viertel der Jobcenter – von Agenturen
34 für Arbeit und Kommunen gemeinsam
35 und vielerorts über Jugendberufsagen-

36 turen auch rechtskreisübergreifend. Für
37 all diese wichtigen Aufgaben haben die
38 Beschäftigten in den Jobcentern mehr
39 gesellschaftliche Anerkennung verdient.
40 Stattdessen sind im Bundeshaushalt 2024
41 ausgerechnet dort neue Sparauflagen
42 vorgesehen. Und damit nicht genug: Der
43 geplante Zuständigkeitswechsel beruht
44 nicht etwa auf arbeitsmarktpolitischen
45 Überlegungen und Konzepten im Interesse
46 der Jugendlichen und jungen Erwachse-
47 nen, sondern ist rein haushaltspolitisch
48 motiviert, denn die Kosten für die unter
49 25jährigen in der Grundsicherung sollen
50 vom steuerfinanzierten Bundeshaushalt
51 in die beitragsfinanzierte Arbeitslosenver-
52 sicherung verschoben werden, um eine
53 Einsparvolumen von 900 Mio. Euro zu
54 generieren.

55

56 Empfänger:innen: SPD-Bundesparteitag,
57 SPD-Parteivorstand, SPD-
58 Bundestagsfraktion, SPD geführtes
59 Bundesarbeitsministerium